

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger
und die Anzeiger die Postzustellung
empfangen. — Erscheint wöchentlich.
Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 25.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger
und die Anzeiger die Postzustellung
empfangen. — Erscheint wöchentlich.
Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 25.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 201. Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 25

Freitag, den 30. Januar 1925

20. Jahrgang.

Schliebens Finanzprogramm.

Der Reichsfinanzminister vor dem Haushaltsausschuß.

Berlin, 28. Januar. Die heutige Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages wurde mit einer Etate des Reichsfinanzministers von Schlieben eröffnet. Der Minister zeigte im einzelnen, wie es nur durch das unter der zwingenden Not eingeführte System der Festigung der Reichsausgaben in Verbindung mit der günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen gelingen sei, die Finanzwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Der Minister gab dann einen Überblick über das

Kommen unserer Röhre und Steuern.

aus denen sich eine Mehreinnahme von ungefähr 1300 Millionen Mark ergibt, von denen dem Reiche rund 800 Millionen Mark verbleiben. Zusammen mit den Einnahmen aus der Röhre ergibt sich für das Reich insgesamt eine Mehreinnahme von 1200 Millionen Mark. Nach Deduktion der sich aus dem Reichshaushaltsplan für 1924 ergebenden Fehlbeträge hat das Reich bis jetzt immer noch

einen reinen Ueberschuß von 940 Millionen Mark.

Der Minister gab dann über die Verwendung der Ueberschüsse Auskunft und erklärte, daß diesen Verpflichtungen des Reiches gegenüberstehen, deren Höhe die Ueberschüsse noch immer etwa um 140 Millionen Goldmark übertreffen. Soweit die Dinge zurzeit überblickt werden können, werde das laufende Haushaltsjahr 1924

am 31. März 1925 ohne Defizit abschließen.

Die Behauptung, daß das Reich „in Geld schwimme“, entbehre jeder inneren Berechtigung. Das Ergebnis der abgeschlossenen Finanzperiode sei lediglich eine Atempause für die Entwicklung der Reichsfinanzverwaltung und die Möglichkeit des Abtragens der dringenden Schulverbindlichkeiten. Der Finanzminister erläuterte dann die

Beamten- und die Aufwertungsfrage.

Er stellte fest, daß die Beamtenfrage als wichtigste Stütze des Staates jederzeit dienstfähig und dienstfähig erhalten werden müsse. Er kündigte eine zweite Uebersicht der Personalabbauverordnung an. In der Aufwertungsfrage bezog sich der Finanzminister auf die Erklärungen der Reichsregierung. Die Aufwertungsfrage dürfe nicht allein in fiskalischen Interesse behandelt werden, auch die soziale Gerechtigkeit müsse unter Wahrung des Fortbestandes der wirtschaftlichen Kräfte erfüllt werden. Die Aufwertung müsse

an dem Leistungsvermögen der Wirtschaft ihre Grenze finden.

Wie sich die Regierung die Lösung der Aufwertungsfrage denke, werde aus dem dem Reichstage zugehenden Gesetzentwurf zu ersehen sein. Jedenfalls müsse die Lösung für die Wirtschaft eine endgültige sein. Ein Anspruch auf Berücksichtigung sei ferner denen zuzuerkennen, welche unter dem Zwange der Rechtsvorschriften noch in der Zeit der Geldentwertung öffentliche Anleihen erworben haben. Der Finanzminister besprach dann

die Einnahmeseiten des Etats.

Diese sei abhängig von der künftigen Steuergesetzgebung. Die Steuergesetze würden in den nächsten Tagen dem Reichsrat

und dann dem Reichstage zugehen. Sie sollen nicht größere Steuerleistungen aus der Wirtschaft herausziehen, sondern die aus der Inflationszeit stammenden übermäßigen Belastungen abbauen und auf den wirklichen Ertrag der Wirtschaft Rücksicht nehmen. Schwierig sei die Frage der Umsatzsteuer. Es würde zu prüfen sein, ob nicht im System der Länder und Gemeinden eine Uebersicht zu erfolgen habe. Der Finanzminister schätzte die öffentliche Steuereinnahme für das kommende Rechnungsjahr und auch für das folgende auf rund 6 Milliarden, von denen aber 2 Milliarden für die Länder und Gemeinden bestimmt sind. Aber auch

die Reparationslasten

dürfen nicht vergessen werden. Die fortwährenden Ausgaben würden in den nächsten 5 Jahren kaum unter 2 Milliarden 500 Millionen bis 2 Milliarden 700 Millionen jährlich zu halten sein. Neue Ausgaben könnten ständig hinzutreten.

Der Gesamtbedarf des Reiches werde mit etwa 4 Milliarden im Jahre 1925 beginnen und bis zum Jahre 1930 auf mindestens 4 Milliarden 900 Millionen steigen. Das sei ein außerordentlich trübes Bild. Ueber die Gesamtsituation zur Entschädigung der Bevölkerung an Ruhr und Rhein werde dem Reichstage bald eine eingehende Denkschrift vorgelegt werden. Der Reichsfinanzminister betonte zum Schluß, daß Deutschland

der Gefahr eines neuen finanziellen Zusammenbruchs

nur entgehen könne, wenn man auf der einen Seite durch baldige Verabschiedung der Steuergesetze, ohne die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft zu gefährden, dem Reiche, den Ländern und Gemeinden gebe, was sie zum unmittelbaren Lebensbedarf benötigen und sich auf der anderen Seite bei der Beratung der Anträge zum Etat und der sonst gestellten Anträge diejenige Beschleunigung anstrebe, die zur dauernden finanziellen Gesundung des Deutschen Reiches unerlässlich sei.

Die Finanzdebatte im Haushaltsausschuß des Reichstages.

Berlin, 28. Januar. Nach der Rede des Reichsfinanzministers im Haushaltsausschuß des Reichstages sprachen Müller-Franken (Soz.), Dergt (Dn.), Erling (Zentrum), Bölein (Komm.), Dr. Dietrich-Waden (Zentrum), Dr. Graemer (D. Sp.), Leicht (Waper, Volkspartei) und Bormann (Wirtschaftl.) Auf eine Anfrage erwiderte Staatssekretär Dr. Hopps, daß es schwer sei, den Plan nach dem halben Erfolge der Steuerumänderung zu beurteilen, da diese sich zum größten Teil erst im Januar auswirkte. Im Oktober hat die Gesamteinnahme des Reiches 888 Millionen, im November 872 und im Dezember 835 Millionen Mark betragen. Von der Sozialdemokratie wurde ein Antrag gestellt, die Vereinbarung mit der Ruhrkohlen-K.G. sofort in Ausführung der Bekanntmachung über die Ruhrschäden vom 10. Dezember 1924 vorläufig einzustellen. Ferner wurde von den Sozialdemokraten beantragt, dem Reichstage sofort eine Denkschrift über die Vergrößerung der Ruhrschäden vorzulegen. Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag soll morgen erfolgen. Der Ausschluß vertagte sich dann.

Herriots große Rede.

Die Sicherheitsfrage.

Paris, 28. Jan. Die Kammerdebatte über die äußere Politik erreichte heute ihren Höhepunkt mit der großen Rede Herriots, der nachmittags vor überfülltem Hause die Grundlinien seiner Außenpolitik darlegte. Er bezeichnete gleich zu Beginn seiner Rede das Genfer Protokoll als das wichtigste außenpolitische Ereignis seit dem Kabinettswechsel in Frankreich und begründete diese Auffassung in Ausführungen, die von der Regierungsmehrheit wiederholt durch stürmischen Beifall unterstrichen, von der Opposition mit Unruhe und ironischen Zwischenrufen aufgenommen wurden. Herriot erklärte, das Genfer Protokoll stelle noch nicht die Lösung des Friedensproblems dar, aber man dürfe behaupten, daß bis jetzt noch kein solcher Akt für die Sicherung des Weltfriedens zu verzeichnen gewesen sei. Der Regierung werde von ihren Gegnern „Kaijakt“ vorgeworfen, aber von Nationalität sei keine Rede. Die „Reiten der Vergangenheit“ könnten nicht ohne Idealismus gesprengt werden.

Herriot bezeichnete Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung als die großen Prinzipien der französischen Friedenspolitik. In der Frage der

Räumung des Kölner Gebietes.

sagte Herriot, habe seine Regierung eine Politik des Einvernehmens mit den Verbündeten verfolgt. Er schloß sich glücklich, der Kammer bei dieser Gelegenheit die Versicherung geben zu können, daß die Freundschaft zwischen den beiden großen sich ergänzenden Völkern, Frankreich und England, niemals so herzlich und gesellig gewesen sei, wie im gegenwärtigen Augenblick.

Der Redner ging dann ausführlich auf die Frage der Militärkontrolle

und der deutschen „Verschlung“ ein. Frankreichs Anwesenheit am Rhein sei die letzte Bürgschaft für seine Sicherheit. (Beifall auf allen Bänken.) Die französische Forderung auf Verlegung der Grenze an den Rhein und Neutralisierung des rechten Rheinufer sei von den Vertretern Großbritanniens und der Vereinigten Staaten nur gegen das Versprechen eines militärischen Garantiepactes abgelehnt worden. Herriot kommt zu der Feststellung, daß die

Rheinlandbesetzung mit der Frage des Garantiepactes eng verknüpft

sei. Weiter beschäftigt er sich mit der letzten deutschen Note und versucht die Behauptung Deutschlands zu widerlegen, daß es abgerüstet habe. Der „berühmte Große Generalstab“ sei neu gebildet. Verschiedene Vorgänge seien unerlaubterweise eingeschoben worden.

Das Pariser Echo auf die deutsche Antwortnote.

Paris, 28. Jan. Die gestrige Note der Reichsregierung in der Frage der Kölner Zone wird von den Pariser Zeitungen, die sich mit ihr beschäftigen, als das Schlüsseldokument der ganzen Polemik angesehen. Eine Antwort wird von den Alliierten nicht erteilt werden, denn man wolle nunmehr den Schlußbericht der Militärkontrollkommission abwarten und dann werde Deutschland, wie der „Matin“ schreibt, genügend Beweise vorfinden, daß es nicht abgerüstet habe. Das „Journal“ schreibt, daß der Bornausbruch Stresemanns die rasche und vollständige Veröffentlichung des Berichtes der internationalen Militärkontrollkommission noch notwendiger mache.

Die Diskussion über das Sicherheitsproblem.

Kabinett Luther und Garantiepact.

Berlin, 28. Jan. Die Londoner und die Pariser Presse fährt fort, sich mit den Gerüchten einer deutschen Aktion zu beschäftigen, die bezweckt, eine endgültige Lösung der Frage der Sicherheit Frankreichs auf Grund eines deutsch-französischen Garantiepactes herbeizuführen. Der Berliner Berichterstatter des „Matin“ geht sogar soweit, für Donnerstag die Ueberreichung einer deutschen Note in dieser Angelegenheit vorzuschlagen. Nach Erkundigungen bei den hiesigen zuständigen Stellen kann festgestellt werden, daß die Mitteilungen der englischen und französischen Blätter in dieser Form nicht zutreffen. Das Kabinett Luther hat sich mit einem derartigen Plan noch nicht beschäftigt. Andererseits kann gesagt werden, daß die Reichsregierung allen Plänen, die zu einer deutsch-französischen Verständigung auf diese Weise führen, sympatisch gegenübersteht, wie es auch in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, in der diese Frage verhandelt wurde, zum Ausdruck kam. Es wird erklärt, daß die Frage, mit der sich die Diskussionen in Paris und London jetzt so stark beschäftigen, ganz im Rahmen einer europäischen Friedenspolitik liegt und die deutsche Regierung zur positiven Mitarbeit stets bereit ist. Wenn also auch von einer deutschen Note nicht die Rede sein kann, so ist damit nicht gesagt, daß die deutsche Regierung dem Projekt nur passiv ge-

Englands Sicherheitswünsche.

Berlin, 28. Jan. Die „Vossische Zeitung“ aus London: Seit einigen Wochen ist ein Wechselaustausch zwischen London, Paris und Brüssel über die Lösung der Sicherheitsfrage. Ein französischer Militärfachverständiger, der Gelegenheit hatte, den englischen, sondern auch den französischen und belgischen Standpunkt kennen zu lernen, hat hin und wieder England den Besitz der Eifel als einer bestreuten Macht und ein Rheinland als wesentliches englisches Interesse aufgezeigt. Die englischen Militärfachleute sind überzeugt, daß Deutschland weder die Möglichkeit imstande sei, zur Zeit einen Krieg zu führen, noch gegen diese von England für seine Sicherheit lebensnotwendig gehaltene Position anzufangen, man jedoch nicht vorhersehen könne, wie stark der französische Einfluß in Deutschland in 10 oder 20 Jahren werden könnte, halte man es auf englischer Seite für zweckmäßig, Deutschland auf diplomatischem Wege denjenigen militärisch-technischen Umdenkungen zuzustimmen, die England mit Frankreich und Belgien abschließen werde, um die Rhein-Schelde-Gänge gegen militärische Angriffe von Osten her zu sichern.

Wer wird Reichspräsident?

Vorbereitungen der Parteien.

Berlin, 28. Jan. Die ersten Vorbereitungen zur Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl haben gestern zwischen Demokraten und Zentrum stattgefunden. Auf Wunsch des Zentrums wurden die weiteren Besprechungen bis nach der Neubildung der Preußenregierung vertagt. Die Besprechungen waren vertraulich. Auch die Deutsche Volkspartei will am Sonnabend sich mit der Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten befassen.

Eine Note im gestrigen „Vorwärts“ ist dahin auszuliegen, daß die Sozialdemokratie an der Person Eberls festhält. Der „Vorwärts“ rechnet auch mit einer Wiederwahl Eberls.

In der gestrigen Sozialdemokraten-Versammlung im Sportpalast wurde bei Nennung eines Kandidaten der Rechten das Wort „Generalstabs“ geäußert.

Die preussische Ministerpräsidentenwahl verschoben.

Berlin, 28. Jan. Es scheint nunmehr festzustehen, daß morgen die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten im Landtage noch nicht erfolgen wird. Wahrscheinlich wird die Wahl Dienstag, den 3. Februar, vorgenommen werden. Die „Vossische Zeitung“ hält es für wahrscheinlich, daß ein Angehöriger des Zentrums zum Ministerpräsidenten von der Weimarer Koalition vorgeschlagen werden wird.

Austruf der S. D. D.

Berlin, 28. Jan. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei erläßt einen Aufruf an die Parteigenossen, in dem zum nächsten Kampf gegen die Kommunisten aufgerufen wird u. a. die Parteilosigkeit des Weimarer Abkommens und ein Verbot der Parteimitgliedschaft wiederhergestellt zu werden.